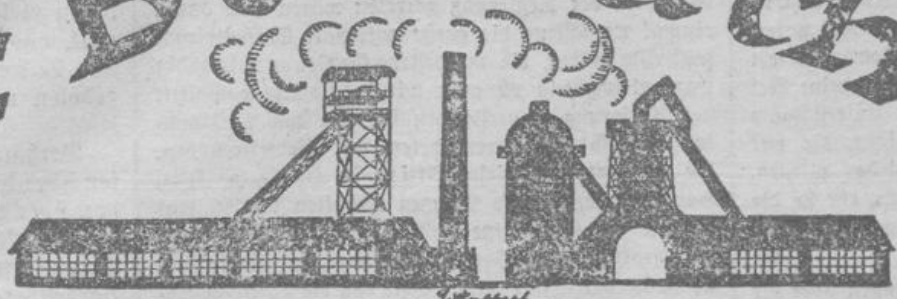


Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich M. 4.50
ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestell-
t bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle
Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.

Samstag
22. April 1922

Anzeigen
finden im „Beobachter“ weitestte Verbreitung. Die
einspaltige mm-Zeile kostet 60 Pfg., bei Mehr-
aufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

Nr 16.

Inhalt der Nummer:

Politische Umschau. Von Dr. Stresemann,
M. d. R.
Der deutsch-russische Vertrag. Von Dr. Otto
Hugo, Mitglied des Reichstags und des
Reichswirtschaftsrats.
Wie es in Rußland aussieht!
Der Deutsche Beamtenbund am Scheidewege.
Von Albrecht Morath, M. d. R.
Politik und Kultur.
Der schlechte Geist von Richterfelde.
Emil Kirdorf.
Aus den Parlamenten.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Politische Umschau.

Von Dr. Stresemann, M. d. R.

Hinter uns liegen die Kämpfe des Reichstages, die der Entsendung der deutschen Delegation nach Genua vorausgingen. Sie haben eine Konstellation geschaffen, welche die Regierungsmehrheit in den Stand setzt, unter Zustimmung der Deutschen Volkspartei das Steuerkompromiß zu erledigen und eine Erklärung zur Genua-Konferenz durch die Mehrheit des Reichstages gebilligt zu sehen. Diese Stellungnahme unserer Partei ist besonders von deutsch-nationaler Seite angegriffen worden. Man hat es von dieser Seite so dargestellt, als wenn auch in der Deutschen Volkspartei dieser Entscheidung die heftigsten Kämpfe im Innern vorausgegangen seien. Diese letztere Auffassung ist eine irrige. Das wird hier nicht nur deshalb festgestellt, weil die Parteipflicht bestände, eine Einigkeit auch da vorzutäuschen, wo sie in Wirklichkeit nicht bestanden hat. Gewiß hat es innerhalb der Deutschen Volkspartei an lebhaften sachlichen Erörterungen über die einzelnen Steuerfragen, insbesondere auch über die Erträglichkeit der Zwangsanleihe nicht gefehlt. Der Weg, der zur Annahme des Steuerkompromisses führte, ist auch nicht immer, worauf einige politische Ratten den größten Nachdruck legen, faktisch „gradlinig“ gewesen. Er wurde erschwert durch die nicht von der Deutschen Volkspartei zuerst angeregten Verhandlungen wegen der Schaffung der großen Koalition, erschwert durch die Betrugung Dr. Rathenaus mit dem Amte des Außenministers zur einer Zeit, als von der Fraktion ausdrücklich verlangt worden war, daß die Befugung

dieses Ministeriums nur im Einverständnis mit ihr geschehe. In die Zeit der Kämpfe um das Steuerkompromiß fielen die Kämpfe um den ersten großen Beamtenstreik im R.-ische, Kämpfe, bei denen die Deutsche Volkspartei dem Kanzler ausdrücklich das Vertrauen versagen mußte, in diesen Fragen die Interessen des Reiches richtig vertreten zu haben. Der Weg führte zuerst zu der von der Partei aufgestellten Forderung der persönlichen und sachlichen Garantien, führte nach Rathenaus Ernennung zu der Erklärung, daß die Partei sich freie Hand vorbehalten hätte. Unter den heftigsten Kämpfen, bei denen die Taktik nach den Ereignissen wechseln mußte, führte schließlich zur Annahme des Steuerkompromisses unter völliger Annahme der von der Partei verlangten Garantien seitens der Koalitionsparteien. Die Öffentlichkeit hat sich viel zu sehr daran gewöhnt, einzelne taktische Züge in einem so großen politischen Kampfe als maßgebend anzusehen sich daran festzuheften und darüber den Blick auf das große Ganze zu verlieren. Die Annahme des Steuerkompromisses mit den von der Deutschen Volkspartei verlangten persönlichen und sachlichen Garantien war der größte Erfolg, den eine außerhalb der Regierung stehende Partei im parlamentarischen Leben überhaupt erreichen konnte. Daß dieser Erfolg erzielt wurde, war das Entscheidende, die Mittel, um zu diesem Ziele zu kommen, mögen sie nun in Verhandlungen auf freundschaftlicher Grundlage, mögen sie in Drohungen zu gegebener Stunde, mögen sie in Verweigerung des Vertrauens im Augenblick scharfer Kämpfe bestehen, treten demgegenüber völlig zurück. Die Erörterung aber darüber gar, ob der Weg gradlinig war, möge man wirklich den politischen Philistern überlassen. Wenn die Politik so einfach wäre, daß es sich nur darum handelte, geraden Wegs im Paradeschritt vom Anfangspunkt der politischen Situation zum Endpunkt hinauszumarschieren, dann wäre ja wirklich nicht zu verstehen, warum sie eine Kunst genannt werde.

In der Frage des Billigungsvotums für Genua waren die Meinungen in der Fraktion nicht so geschlossen, wie in der Frage des Steuerkompromisses. Dieses auszusprechen bedeutet keineswegs, damit die Partei zu schädigen. In allen Parteien findet vor der Entscheidung zu großen Fragen eine Klärung der Meinungen statt, bei der gegensätzliche Ansichten um so stärker aufeinanderprallen, je mehr die Fragen der Taktik umstritten sind. In der deutsch-nationalen Fraktion ist es wiederholt vorgekommen, daß binnen 24 Stunden die Taktik vollkommen geändert wurde, es

sei in dieser Beziehung an die Einstellung zum amerikanischen Friedensvertrag erinnert. In der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Preußens beschloß man den Zutritt zur großen Koalition mit 46 gegen 43 Stimmen, im Zentrum stand man bei der Frage des Beamtenstreiks sich in zwei Lagern gegenüber, und Herr Stegerwald hielt eine starke Anklagerede gegen die Regierung. In der Demokratischen Partei vertritt Herr Koch eine ganz andere Richtung als Herr Erkelenz. Wenn deshalb in dieser gärenden Zeit, in der die politische Situation sich oft binnen Wochen ändert, auch in der Deutschen Volkspartei Verschiedenheiten der Auffassung zutage treten, so ist dies nicht verwunderlich, um so weniger, als gerade die Fraktion der Deutschen Volkspartei in diesen großen Fragen oft die Entscheidung bringen muß und infolgedessen die Verantwortlichkeit, die auf ihr lastet, eine größere ist, als bei den meisten anderen Fraktionen, weil dann sowohl die Opposition zur Rechten wie die Regierungsparteien in jedem einzelnen Falle die Deutsche Volkspartei auf ihre Seite zu bringen versuchen, sieht gerade die Deutsche Volkspartei inmitten der heftigsten Kritik und ist der Mißdeutung ihrer Absichten am meisten ausgesetzt.

Es muß aber auch hier hervorgehoben werden, daß es sich bei den Erörterungen der Fraktion lediglich um taktische, nicht um sachliche Meinungsverschiedenheiten handelte. Die deutsch-nationale Fraktion hatte geglaubt, ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung einbringen zu müssen, indem sie das Thema der Erfüllungspolitik näher zum Gegenstand ihrer Betrachtung machte. Da ihr Mißtrauen darauf basierte. Nun ist die Erfüllungspolitik, die ja tatsächlich zusammengebrochen ist, niemals von der Deutschen Volkspartei gebilligt worden, und wenn diese Politik als solche zur Debatte gestanden hätte, würde die Fraktion der Deutschen Volkspartei einen ähnlichen Standpunkt haben einnehmen müssen, wie es die Deutsch-nationalen getan haben. Jetzt aber handelte es sich darum, ob man der Regierung, die nach Genua ging, und die das Nein gegenüber den Forderungen der neuen Reparationsnote ausgesprochen hatte, Steine in den Weg werfen, ihr Nein erschüttern oder schwächen, oder hinter das Nein eine große Mehrheit des Deutschen Reichstages stellen sollte. Die Richtlinien der Rede, die ich als Fraktionsvorsitzender zu den Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Wirth hielt, sind unter fast einmütiger Zustimmung der Fraktion festgestellt worden. Sie sind insbesondere, wie ich gegenüber unwahren Behauptungen des Herrn Dr. Stabiler hier feststelle, in vollem Einverständnis mit allen tätigen Vertretern der Industrie, insbesondere

unter der Zustimmung von Stinnes festgelegt worden. Man höre doch überhaupt einmal auf, die Persönlichkeiten unserer Großindustriellen in Gegensatz zu der politischen Führung der Fraktion zu bringen. Seitdem die Fraktion nach den Wahlen des Jahres 1920 Herrn Stinnes zu den Ihrigen zählt, hat Herr Stinnes der Fraktionspolitik noch niemals Schwierigkeiten gemacht, sondern sie mit Rat und Tat unterstützt und ist in allen entscheidenden Momenten mit der Fraktionsführung einig gewesen. Irgendeine Art von Flügelpolitik hätte niemals seine Unterstützung genossen. Um so mehr sollten diejenigen, die wie Dr. Stadler gern auf ihn sich zu beziehen pflegen, sich erst um politische Tatsachen kümmern, ehe sie die Effektivität mit unwahren Behauptungen irreführen suchen.

Die Fraktion hatte bei ihren Beratungen über die einzunehmende Stellung sich einmütig dahin ausgesprochen, die Erfüllungspolitik als solche nach wie vor grundsätzlich abzulehnen, die Stellungnahme zu Genua aber davon abhängig zu machen, was die Regierung speziell zur Note der Reparationskommission erklären würde. Infolgedessen war in der Fraktion Einigkeit darüber, daß der Vorstoß der Deutschnationalen in dieser politischen Situation abwegig sei. Die Meinungen schwanken nur darüber, ob man den Antrag der Deutschnationalen . . . ablehnen oder sich ihm gegenüber der Stimme enthalten sollte, eine Frage, die in das Sachliche nicht eingreift. Ebenso war man sich darüber klar, daß die Deutsche Volkspartei keine Veranlassung habe, etwa die gesamte auswärtige Politik der Regierung zu billigen, oder der Regierung ein offizielles Vertrauensvotum zu geben. Für den Fall, daß die Regierung lediglich eine Billigung ihrer eigenen Erklärung verlangte, behielt man sich die Stellungnahme je nach dem Text dieser Erklärung vor.

Das war der klare Weg der Fraktionserklärung. Durch die Indiskretionen, die bisher noch nicht völlig klargestellt sind, ist eine ganz falsche Berichterstattung hierüber in die Presse gekommen. Man hat den dritten Eventualbeschuß der Fraktion, der ausdrücklich besagte, daß man sich die Zustimmung zu einer Resolution, welche die Erklärung der Regierungsnote billigte, vorbehielt, überhaupt nicht in die Presse gebracht, sondern lediglich veröffentlicht, daß die Fraktion sich gegen ein „Vertrauensvotum“ gewandt habe und damit einen Wirrwarr der Berichterstattung herbeigeführt, der die Klärung der Situation am nächsten Tage wesentlich erschwerte. Diese Klärung wurde aber trotzdem erreicht. Die Fraktion ließ sich durch das wütende Gekläff gegnerischer Blätter, auch durch die kaum noch ernst zu nehmenden Hejereien der sozialdemokratischen Parlamentarischen Korrespondenz ebenso wenig aus dem Geleise bringen, wie durch die Mahnungen und Drohungen der deutschnationalen Presse, die die Fraktion in deren Kurs hineinmanövrieren sollten. Die vom Reichstag angenommene Erklärung verwahrte sich gegen die dem deutschen Volke angelassenen unerträglichen Lasten und billigte daher die von der Reichsregierung zu der Note abgegebene Erklärung. Damit war erreicht, was ich in meiner Rede als Wunsch der Fraktion zum Ausdruck gebracht hatte: Hinter das Rein der Reichsregierung eine möglichst große Mehrheit des Reichstages zu setzen.

Man hat von deutschnationaler Seite in die Erklärung der Regierung Zweifel gesetzt, man hat insbesondere auch bezweifelt, daß die Regierung unseren Standpunkt teilt, wonach das Steuerkompromiß die äußerste Grenze der Belastung sei, die dem deutschen Volke zugemutet werden konnte. Die inzwischen ergangene Antwort der deutschen Regierung zur Reparationsnote gebraucht fast dieselben Worte, die ich in meiner Reichstagsrede gebraucht habe, und damit ist auch dieser Einwand der Deutschnationalen als hinfällig gekennzeichnet worden. Einen Eingriff in das Privateigentum als Fundierung einer kurzfristigen internationalen Anleihe lehnt die Deutsche Volkspartei ebenso ab, wie die Deutschnationalen. In dieser Beziehung steht auch die Deutsche Demokratische

Partei auf demselben Standpunkt wie wir. War es nun wirklich nötig, eine Woche vor Genua den höchsten Jank im Reichstag heraufzubeschwören, den das deutschnationalen Misstrauensvotum entacht hatte, wäre es nicht auch vom Standpunkt der Deutschnationalen weit verständiger gewesen, wenn auch sie hinter das Rein der Regierung getreten wären und damit einmal wenigstens die große nationale Einheitsfront geschaffen hätten, die mindestens für Genua notwendig war, gleichgültig ob man mit der sonstigen Politik der Regierung einverstanden ist? In den Versammlungen und Zusammenkünften mit Parteifreunden, die ich kurz nach dieser Aktion in Hamburg, Kiel, Hannover, Essen und Bremen abhalten konnte, trat überall eine einmütige Zustimmung zu der Haltung der Fraktion und Partei, manchmal in ostentativer Weise hervor. Ich glaube nicht, daß die Deutschnationalen Volkspartei, wenn sie heute zurückblickt auf die von ihr verfolgte Haltung, dies mit derselben Genugtuung tun kann wie wir.

Die Stellung der Deutschen Volkspartei ist eine äußerst schwierige und nach außen gewiß nicht immer leicht vertretbar. Der Laie fragt: Seid ihr in der Opposition, oder seid ihr in der Regierung? und glaubt nur, daß das eine oder das andere möglich sei. Er hätte mehr Recht zu dieser Frage, wenn wir eine Mehrheitsregierung im Reiche hätten. Die Stellung der Deutschen Volkspartei ist dadurch gekennzeichnet, daß sie in voller Freiheit gegenüber der Regierung, die an sich nur über eine Minderheit verfügt, deren Gesetzesvorlagen dann zustimmt, wenn sie glaubt, dadurch dem Vaterlande zu nützen und sie ebenso rückwärtslos bekämpft, wenn ihre Bekämpfung im Interesse des Vaterlandes liegt. Daß das Steuerkompromiß und die Antwortnote auf Genua mit der Deutschen Volkspartei zustande kamen, beweist, daß die Deutsche Volkspartei auch in dieser Stellung, ohne daß sie aus Ministerstellungen für die Partei Nutzen gezogen hätte, dem Vaterlande zu dienen vermochte.

Die Situation, in der die Deutsche Volkspartei sich heute befindet, datiert von der Zeit, in der das Kabinett Fehrenbach zurücktrat und die Deutsche Volkspartei durch die Kämpfe um das Ultimatum in die Opposition gedrängt wurde. Angesichts mancher Erörterungen in der Öffentlichkeit dürfte es notwendig sein, demnächst, wenn der Zeitpunkt sich jährt, seitdem diese Kämpfe entbrannt waren, auf die von Fraktion und der Partei in dieser Zeit geführte Politik eingehend zurückzukommen und ihre Grundlinien darzulegen.

Berlin, 11. April 1922.

Der deutsch-russische Vertrag.

Von Dr. Otto Hugo,

Mitgl. des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats.

In den schleppenden Gang der Ereignisse von Genua ist eine politische Tatsache eingetreten, die wie eine ungeheure Sensation gewirkt hat, die aber nur deshalb so wirken konnte, weil sie denen eine Enttäuschung brachte, die in Genua mit den Russen unter ganz bestimmten Voraussetzungen fertig werden wollten. Von Tag zu Tag trat es klarer hervor, daß Rußland nach Genua geholt worden war, um dort die Abrechnung mit den Ententemächten, insonderheit mit dem vorkriegsgeschädigten Frankreich in Ordnung zu bringen. Wer die russische Tragödie als das sieht, was sie ist, das Kernstück des Wiederaufbaues Europas, der sollte meinen, daß auch in Genua das große Interesse auf die Frage eingestellt worden wäre, wie Rußlands zusammengebrochene Wirtschaft wieder auf die Beine gebracht werden kann und die unendlichen Schätze dieses Landes wieder fruchtbar gemacht werden können, um dem verarmten Europa zu helfen. Aber man dachte nicht in erster Linie an die Hilfe für Rußland, sondern an dessen Bindung, um es ausbeuten zu können. Das Wort vom russischen Wiederaufbau bleibt im Munde der Drahtzieher von Genua eine hohle Floskel, wie man sie auch uns gegenüber so

ist angewandt hat, wenn man im Begriff stand, uns neuen Peinigungen auszusetzen. Jenes Sachverständigengutachten von London, das zur Unterlage der Verhandlungen mit Rußland in Genua gemacht werden sollte, ist ein Dokument krassesten Eigennutzes seiner Verfasser. Es ist darin zu lesen, was man von Rußland verlangen will, was Rußland anerkennen soll an Zahlungen und Leistungen. Aber davon, was Rußland etwa geboten wird, um ihm zu helfen, ist wenig zu lesen.

Verhandelt wurde mit den russischen Delegierten über die Bindungen, die Rußland einzugehen hat, über die Anerkennung der Vorkriegsschulden, die Anerkennung des privaten Besitzes aus der Vergangenheit und die Entschädigung an den Vorbesitzer. Leistungen die das wirtschaftlich völlig ausgemergelte Rußland gar nicht zu vollbringen imstande ist. Dazu die Hingabe wertvoller Konzessionen, Fabrikanlagen usw. an die Entente, die Aufgabe der finanziellen Selbständigkeit durch Einsetzung von Schuldenkommissionen und des staatlichen Eigenbauseins durch die Freigabe der eigenen Gerichtsbarkeit zugunsten der sogenannten Kapitulationen. Gewiß sind die Rechtszustände in Rußland heute nicht in einem Zustand, der vom Standpunkte des Ausländers aus erträglich wäre. Aber die Forderung muß doch wohl dahingehen, daß Rußland sich wiederum schleunigst ein geschriebenes Recht zulegt, nicht aber dahin, daß es seine Staatshoheit ohne weiteres preisgibt wie ein Vasallenstaat. Und dazu dann noch die Ausschaltungen, wie dieses Londoner Gutachten Deutschland ansinnt. Wer die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands kennt, weiß, daß nur Deutschland die unendlich mühselige organisatorische Pionierarbeit bei dem Wiederaufbau der russischen Wirtschaftsfunktionen durchführen kann. Diese Mitwirkung will das Londoner Gutachten den Deutschen verwehren und den Russen damit die Auswahl der geeignetsten Kräfte zum Wiederaufbau, die zugleich die uneigennützigsten sein würden, unmöglich machen. Es war von vornherein selbstverständlich, daß die russischen Vertreter auf derartige Knebelungsversuche der Entente sich nicht einlassen konnten. Auch die größte wirtschaftliche Notlage Rußlands hätte solche Beugung vor dem Ententewillen in Genua nicht gerechtfertigt. Wenn trotzdem die Osterüberraschung der wirtschaftlichen Verständigung zwischen Rußland und Deutschland in Genua wie eine Bombe bei der Entente einschlug, so liegt darin nur der Beweis, wie sehr man mit der russischen Kapitulation gerechnet hatte.

Das deutsch-russische Abkommen hat an sich mit Genua eigentlich nichts zu tun. Es wäre richtigerweise schon früher geschlossen worden. Alles was es enthält, sind für beide Teile eigentlich Selbstverständlichkeiten, die sich aus der Würdigung der gemeinsamen Interessen von selbst ergeben. Gerade wer an Ort und Stelle in Rußland den wirtschaftlichen Zuständen einmal auf den Grund gegangen ist, auf den wirkt das Gemeinheitsinteresse in wirtschaftlicher Beziehung in so elementarer Weise, daß keine politische Betrachtungsweise den Sinn zur Verständigung beeinflussen kann. Wir sind das Land, das auf die russische Eigenart hinsichtlich seines Produktionsbedürfnisses am besten eingestellt ist. Rund die Hälfte der gesamten russischen Friedenseinfuhr war deutschen Ursprungs. Die vielen Kräfte an intelligenten Ingenieuren und Arbeitern, die erforderlich sind, um die zusammengebrochene Industriewirtschaft Rußlands wieder aufzurichten, wird kein Land außer Deutschland stellen können. Für viele Zufuhren ist die Kürze des Beförderungsweges schon entscheidend. Die Aufrichtung alter und neuer Unternehmungen setzt ein derartiges Maß von Entbehrungen und Hingabe an die Aufgabe voraus, daß sicherlich keine französischen, englischen und amerikanischen

Ingenieure sich dazu drängen werden. Nimmt man hinzu, wie sehr uns nach dem Westen die Absatzmöglichkeiten beschränkt und erschwert werden, so lag es in der Natur der Dinge, daß wir zu einer völligen wirtschaftlichen und diplomatischen Verständigung mit Rußland gelangten. Auf der andern Seite hat Rußland das größte Interesse daran, sich gerade mit Deutschland wirtschaftlich zu verständigen und alle überflüssigen Streitmomente auszusräumen, weil schließlich die deutsche Währung die einzige ist, an die Rußland noch heranreichen kann.

Jedenfalls ist der deutsch-russische Vertrag der Ausdruck eines natürlichen, gesunden Gedankens, der durch keinerlei künstliche Mittelchen gefördert zu werden braucht. Er entspringt den wirklichen Bedürfnissen mit lebendiger Kraft und sollte deshalb eigentlich keine Sensation bedeuten. Wenn er es trotzdem geworden ist, dann liegt es nur an der Enttäuschung derer, die am liebsten gesehen hätten, daß die Deutschen und die Russen sich zugunsten der Wünsche und Begehrlichkeiten der Entente von ihren natürlichen Lebensinteressen abdrängen ließen. Diejenigen, die nun nicht wissen, wie sie Rußland in die Zwangsjacke stecken sollen, sind enttäuscht. Sie haben das Recht, zunächst einmal zu schimpfen und sich zu überlegen, wie sie sich über die selbstbereitete Enttäuschung hinwegsetzen sollen. Für Rußland und Deutschland ist das, was Genua brachte, eine geschichtliche Tatsache, die sich in ihrer Größe und Bedeutung erst später ausgestalten wird.

Wie es in Rußland aussieht!

Von geschätzter Seite geht uns nachstehender Bericht über die Verhältnisse in Rußland zu:

Die politische Zentralgewalt wird von der Sowjetregierung meisterhaft gehandhabt. Lenin ist das anerkannte Staatsoberhaupt und selbst bis in die russischen Bürgerkreise hinein wird er als führende Persönlichkeit nicht mehr angezweifelt. Auch das bürgerliche Rußland hat sich mit der Sowjetregierung abgefunden und sieht die einzige Möglichkeit, wieder zu anderen Verhältnissen zu gelangen, in einer allmählichen Evolution. Ein gewaltsamer Sturz der gegenwärtigen Sowjetregierung würde nach allgemeiner Ansicht nur dazu beitragen, Rußlands letzte Kraft zu erschöpfen und es völlig dem Untergang entgegenzuführen. Ein solcher Sturz ist auch in keiner Weise zu erwarten, da die Sowjetregierung die politische Gewalt mit eiserner Energie handhabt und niemand es mehr wagt, sich gegen sie aufzulehnen. Diese Position hat die Sowjetregierung sich durch Terrorakte geschaffen. Alle Widerstände, die sich ihr in den Weg stellten und alle Auflehnungsversuche sind rücksichtslos im Blut erstickt worden. Die Folge ist, daß sie jetzt einen Umsturz nicht mehr zu befürchten hat. Eine besondere Rolle hat bei dieser Schaffung der bolschewistischen Zentralgewalt Trotzki gespielt, der in der Organisation ganz hervorragendes geleistet hat. Die Rote Armee ist nicht etwa als Rest des früheren zaristischen Heeres zu betrachten, sondern von Trotzki vollkommen neu geschaffen worden. Sie ist vortrefflich mit Waffen und Uniformen ausgerüstet und wird durch äußerst straffe Disziplin zusammengehalten. An Stelle des vorgelegten „Genossen“ ist längst wieder der Offizier getreten, der als Inhaber der Disziplinargewalt respektiert wird. Die Rote Armee ist eine sichere Stütze der Sowjetregierung. Die straffe Durchführung der Zentralgewalt leidet wohl etwas unter den Selbstständigkeitsbestrebungen der Sowjets in den entfernter gelegenen Bezirken. Indessen handelt es sich hier nicht um Aufspaltungsversuche, sondern meist nur um Unterschiede, wie sie sich auch anderswo, z. B. in Deutschland aus Verschiedenheiten der Stammart ergeben. Die Festigkeit des Sowjetregiments leidet darunter jedenfalls nicht.

So unerschütterlich die politische Gewalt der Sowjetregierung fundiert ist, so furchtbar ist auf der andern Seite der wirtschaftliche Zusammenbruch,

unter dem sie leidet. In keiner Zeit und in keinem Beispiel der Geschichte haben sich die verheerenden Folgen des Kommunismus mit so furchtbarer Deutlichkeit gezeigt wie in Rußland. Die Aufhebung des Privateigentums hat ein wahres Trümmerfeld geschaffen, auf dem an der Stelle des Verbrauchten und des mutwillig Zerstörten nichts Neues geschaffen worden ist. Am grellsten erkennt man diese Folgen in dem Zustand der Häuser in Moskau und Petersburg. Ganze Viertel dieser Städte bestehen nur noch aus den nackten Mauerwänden. Tür- und Fensterfüllung und alle Ausstattung sind herausgebrochen und meist zu Heizwecken verwandt worden. Die Dächer sind durch das Herausnehmen der Dachbalken zerstört, und wo noch etwas an Baumaterial übrig geblieben ist, kommen Nachzügler und holen die letzten Reste. Die Wasserleitungsröhre sind zum großen Teil nicht mehr vorhanden. Deshalb muß die Leitung selbstverständlich abgeperrt werden, da sonst das freiströmende Wasser das Vernichtungswerk rasch vollenden würde. In den Villenvierteln Moskaus und Petersburgs sind ungeheure Werte vernichtet worden. Die Besitzer dieser Villen sind überall auf die Straße gesetzt und ihr Eigentum ist in kurzer Zeit verschleudert worden. Ein ähnliches Bild bieten die Industrieanlagen. Die Fabriken von geringer wirtschaftlicher Bedeutung sind geschlossen und ihrem Schicksal überlassen worden. Sie sind Trümmer wie so viele Wohnhäuser. Die wichtigeren Fabriken hat man nach Verjagung der Besitzer im Betrieb aufrechterhalten. Hier haben sich sehr häufig die leitenden Ingenieure, zuweilen auch die Besitzer selbst, zur Verfügung gestellt, um das Werk vor dem Verfall und Ruin zu bewahren. Die Produktion ist aber auch hier ungeheuer gesunken. Soweit die russische Industrie noch im Betriebe ist, sind ihre Produktionskosten so hoch, daß sie auf dem Weltmarkt nicht im entferntesten konkurrieren kann. Ein Paar in Petersburg gefertigte Gummischuhe — eine so gezeigte Fabrik, die noch über Rohstoffreserven verfügt, ist noch im Gang — kosten das Vielfache von dem, was man in Berlin für die gleiche Ware bezahlt. Vollkommen heruntergewirtschaftet sind die russischen Bahnen. Man findet bei wochenlanger Benutzung der Eisenbahn keinen Wagen mit Fensterscheiben. Der Wiederaufbau des russischen Verkehrs ist in der Hauptsache eine Reparationsfrage. Der gegenwärtige Zustand der Verkehrsmittel beruht darauf, daß keine Reparaturen ausgeführt werden. Selbst angeschaffte Lokomotiven — deren Krupp eine große Zahl geliefert hat — sind nach kurzer Zeit gebrauchsunfähig, da sie aus Mangel an Pflege und Reparatur verkommen. Auch die landwirtschaftliche Produktion liegt vollkommen darnieder. In demselben Rußland, das früher ein riesiges Überschussegebiet darstellte, müssen heute Millionen verhungern. Von der Regierungsseite wird behauptet, daß etwa 38 Proz. des Ackerlandes bestellt wird. Diese Prozentziffer ist aber wahrscheinlich sehr ansehnlich.

Es erhebt sich die wichtige Frage, ob die russische Regierung bereit und imstande ist, die ungeheuren Nöte ihres Landes zu überwinden. Daß sie durchzugreifen vermag, hat sie kürzlich gegenüber der Tschecha bewiesen. Diese Geheimpolizei, die ihren Zweck erfüllt hatte und die mit vielen unlauteren Elementen durchsetzt war, sollte aufgelöst werden. Lenin und Trotzki haben diese schwierige Aufgabe mit äußerster Energie bewältigt. Als entlassene Mitglieder der Tschecha durch nächtlichen Raub und Mord in den Straßen von Moskau und Petersburg die Notwendigkeit der Tschecha nachzuweisen versuchten, wurde die Todesstrafe gegen solche Verbrechen festgesetzt und rücksichtslos vollzogen. Es ist dadurch gelungen, die Verwaltung von den unsauberen Elementen der Tschecha zu säubern und damit ist eine Frage, die eine Staatsgefahr hätte werden können, zugunsten der russischen Regierung gelöst worden. Auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete bahnen sich Reformen an. Es ist bekannt, daß der freie Handel in einem gewissen Umfang wieder in seine Rechte eingeeignet worden ist. Man kann wohl auch damit rechnen, daß das Eigentumsrecht wieder Anerkennung

findet, namentlich dann, wenn es als Grundlage für die wirtschaftliche Betätigung des Auslandes auf russischem Boden in Frage kommt. Auf diese ausländische Mitarbeit ist Rußland selbstverständlich angewiesen, wenn es wieder zu Kräften kommen will.

Dabei richten sich in Rußland alle Hoffnungen und Erwartungen auf Deutschland, während man den Annäherungsversuchen der Amerikaner und Engländer mit größtem Mißtrauen gegenübersteht. Die größten Schwierigkeiten werden in Rußland zurzeit durch die furchtbare Hungersnot bereitet, die 25 Millionen dem Tode weicht. Sie ist südlich und nördlich von Moskau zunächst dadurch entstanden, daß dort die heftigen Kämpfe mit der weißen Garde stattfanden, in deren wechselvollem Verlauf das Land immer wieder gebrandschatzt wurde. Zwangsrequisition von Getreide und Lebensmitteln durch Regierungsorgane trugen weiter dazu bei, diese Gebieten von Nahrungsmitteln zu entblößen. Die Gefahr, daß dort alles ausstirbt, und eine tier- und menschenlose Wüste entsteht, scheint kaum noch abwendbar zu sein. Die Bevölkerung stirbt in den Hungergebieten entweder in völliger Apathie an Ort und Fleck, oder aber sie geht bei dem Versuch zugrunde, mit irgend einem Verkehrsmittel aus dem Hungerbereich zu entkommen. Das Hungergepenst rückt Moskau immer näher. Es bestehen berechnete Zweifel, ob nicht im kommenden Ernährungsjahr, in dem die Hungergebiete auch nicht einen Halm hervorbringen werden, Moskau vor einer Hungerkatastrophe bewahrt werden kann.

Das Ernährungsproblem steht also in Rußland in erster Linie. Es wird neuerdings berichtet, daß die Sowjetregierung darangehe, die Kirchengüter anzugreifen, um damit das Nahrungsproblem zu erleichtern. Inwieweit dies mit Zustimmung der Kirche hier und da geschieht, bleibe dahingestellt. Im übrigen hat sich die Sowjetregierung bisher peinlich gehütet, in die kirchliche Betätigung des russischen Volkes irgendwie einzugreifen. Sie hat auch die Wertgegenstände und Kostbarkeiten der Kirchenausstattung unangestastet gelassen. Die Ernährungsbedürfnisse der ausländischen Wirtschafts- und Handelsbetätigung zweifellos einen Anknüpfungspunkt. Der freie ausländische Handel, der Rußland Nahrungsmittel zu bieten vermag, wird sicher offene Türen finden. Da aber in Rußland selbst die Organisationen des freien Handels zerschlagen worden sind, so ist die praktische Lösung nicht einfach. Für Industrieerzeugnisse und Nahrungsmittel ist in Rußland stets Abfrage zu finden, aber es ist bei dem Mangel einer russischen Handelsorganisation sehr schwer, Gegenwerte dafür zu erhalten. Sowohl hierfür wie für die Belegung der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion müssen durch wirtschaftliche Pionierarbeit erst die Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb kann bei der Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland von leichten Gewinnmöglichkeiten nicht die Rede sein. Bei dem ungeheuren natürlichen Reichtum Rußlands an Bodenschätzen und Naturprodukten aller Art ist aber die Arbeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Rußland unbedingt zukunftsicher. Da die Stimmung der Bevölkerung der wirtschaftlichen Mitarbeit Deutschlands entgegenkommt, so sind für uns hier Möglichkeiten gegeben, die bei dem furchtbaren Druck, der von Westen auf uns ausgeübt wird, dort auf absehbare Zeit nicht vorhanden sind. Die Wiederaufbauarbeit Deutschlands ist nur durch wirtschaftliche Pionierarbeit im Osten möglich. Und deshalb liegt hier auch das Schwerk Gewicht unserer wirtschaftlichen Arbeit. Die Voraussetzung ist, daß wir dabei mit Rußland Hand in Hand gehen und den russischen Wiederaufbau fördern. Das ist auch der für Rußland gegebene Weg. Und man versteht es deshalb, daß in diesem Lande eine natürliche Abneigung gegen die Betätigung europäischer und weltwirtschaftlicher Syndikate auf russischem Boden besteht.

So verzweifelt die Ernährungslage Rußlands zurzeit ist, so besteht doch die Möglichkeit einer raschen Besserung, da in Rußland schon oft Missernten mit äußerster Fruchtbarkeit des Bodens abgewechselt

haben. Wenn Rußland in diesem oder im nächsten Jahre eine solche reiche Ernte haben sollte, so wäre seiner z. astlichen Not schon zu einem guten Teil abgeholfen. Natürlich mußte dann die Möglichkeit gegeben sein, die Ernte für die gesamte Bevölkerung nutzbar zu machen. Dazu gehört eine Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs, die als dringende Notwendigkeit unter den russischen Wiederaufbauarbeiten an erster Stelle steht.

Der Deutsche Beamtenbund am Scheidewege.

Von Albrecht Morath, M. d. R.

Der Deutsche Beamtenbund hat eine ernste Krise hinter sich; jetzt schon zu behaupten, daß sie zur Genesung führen wird, wäre verfrüht. Streik oder Nicht-Streik, das war hier die Frage, und so unermittelt sich die gegnerischen Gruppen gegenüberstanden, es kam zu keiner Scheidung, es kam leider auch zu keiner innerlichen Verständigung. Die Streikfreunde sind in der Minderheit geblieben, aber sie haben die Drohung ihres Führers Menne, dem Deutschen Beamtenbund den Rücken zu kehren, zum freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde abzuschwenken, und die „proletarische Einheitsfront“ herzustellen, nicht ausgeführt. Unversöhnt stehen sich die beiden Gruppen gegenüber, und es bleibt abzuwarten, ob der neue Vorstand sich durchsetzen wird. Was selbstverständlich aufs innigste zu wünschen wäre. Es ist nicht nur für die Beamenschaft, sondern für das ganze deutsche Volk in allen seinen Berufsständen, ja es ist für den Bestand Deutschlands von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, wie sich die weitaus größte Beamtenorganisation zur Streikfrage stellt.

Man bedenke, daß der Bundestag acht Wochen nach dem Eisenbahnstreik vor eine Entscheidung zur Streikfrage gestellt war, acht Wochen nach dem Abschluß eines Streiks, den die Streikenden als einen Sieg anerkennen und den der Reichskanzler — schweigen wir davon. Man bedenke ferner, daß sich in einem großen Teil der Beamenschaft der Glaube an das verfassungsmäßige Recht auf den Streik unausrottbar festgesetzt hat. Seit drei Jahren nimmt der Deutsche Beamtenbund in seiner Satzung die Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel in Anspruch. Diese Satzungsbestimmung ist ihm bald nach der Resolution von einem den Volksbeauftragten recht nahe stehenden Manne, dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, aufgezwungen worden. Ablehnung hätte, darüber ließ man die Beamten nicht im Zweifel, den Kampf der Arbeitergewerkschaften gegen die Beamtenorganisationen bedeutet. Und das wäre doch damals recht unangenehm gewesen. Von der Regierung unangefochten steht dieser Satz noch heute in den Satzungen. Die Regierung hat sich schon im Dezember 20 nicht nur eine Urabstimmung der Eisenbahner über den Streik gefallen lassen, sondern hat auch unter Führung des damaligen Reichsfinanzministers Dr. Wirth unter dem Druck dieser Urabstimmung Forderungen bewilligt, die bis zu diesem Augenblicke hartnäckig abgelehnt worden waren. Man bedenke ferner, daß in zwischen Direktoren des Deutschen Beamtenbundes bis in die jüngste Zeit hinein in Wort und Schrift das Recht der Beamten auf den Streik, ja sogar auf den sogenannten Lohnstreik, unangefochten verkündeten durften. Wenn man alles das zusammenfaßt, dann erst wird man Verständnis für die Größe des Erfolges derjenigen haben, die unter Führung des bisherigen und wieder gewählten Vorsitzenden Flügels und der süddeutschen Landesverbände den Lohnstreik ablehnten und nur — Zuckerbrot für die Kinder — das Recht auf den Existenzstreik in Anspruch nahmen. Existenzstreik? Man will darunter verstanden wissen, daß die Beamenschaft das Recht auf Arbeitsniederlegung hat, wenn eine Regierung die Beamtenrechte, Unkündbarkeit, Anspruch auf Ruhegehalt, Hinterbliebenenversorgung u. etwa abschaffen wolle. Nichts anderes!

Alles in allem: in der Streikfrage hat der Teil der Beamenschaft, der den Streik ablehnt, einen Sieg errungen. Diese Richtung hat zwieselliges Zuzug aus den Kreisen der Enttäuschten gefunden, welche die ganze Zweideutigkeit der Sozialdemokratie in dieser Frage beim jüngsten Eisenbahnstreik beobachtet hatten. Der Deutsche Beamtenbund ist ein gutes Stück vorwärts gekommen. Will er wirklich das wieder werden, was er bei seiner Gründung nach der Revolution sich zum Ziel gesetzt hat; eine Organisation zum Schutz des Berufsbeamtentums, ein Bollwerk gegen diejenigen, welche das Berufsbeamtentum durch kündbare Angestellte ersetzen wollen, dann muß er noch ein gutes Stück schwierigen Weges überwinden.

Auch dazu fehlt es nicht an gutem Willen. Im Direktorium gab es bisher nur einen Mann, der vom Standpunkt dieses Zieles aus uneingeschränktes Vertrauen verdiente, und der stand (ein Demokrat!) viel zu weit rechts, war fast gesteuert. Die übrigen Direktoren waren Führer einer Politik, die keineswegs immer im Sinne eines Schutzes des Berufsbeamtentums ihr Ziel klar vor Augen sah. Sie fanden Unterstützung bei einflussreichen Vorstandsmitgliedern und Führern angeschlossener Organisationen und gebärdeten sich, unbekümmert um den Gegensatz, der zwischen ihnen und großen Teilen der Landesverbände immer deutlicher zu Tage trat, wie unumkehrte Herrscher. Die Abstimmung des Bundestages hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Direktoren sich in hoffnungsloser Minderheit befinden. Der Leiter der Presseabteilung, der nach seinem übertritt von der deutschdemokratischen zur mehrheitssozialistischen Partei sei verantwortungsvolles Amt — bewußt oder unbewußt — dazu brauchte, sozialistische Gedankengänge in seine Aufsätze einzuschmuggeln, der mit der ihm eigenen Unklarheit die „Einheitsfront aller Arbeitnehmer“ pries und dem Phantom internationaler Beamtenorganisationen nachjagte, wird wenigstens an dieser Stelle einem andern Platz machen. Auch das Stimmrecht ist den Direktoren genommen, und das ist von mehr als symptomatischer Bedeutung.

Auch der überragende Einfluß, den bisher einzelne der angeschlossenen Großorganisationen auf die Leitung des Deutschen Beamtenbundes hatten, ist dadurch auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt worden, daß jetzt jede der sechs „Säulen“ (man merke sich rechtzeitig diesen neuen terminus technicus und tue ihn in das Gedankenfaß zu Verzahnung, Verantwortung, Gremium) durch einen Vertreter im Vorstand Einfluß hat. Die sechs Säulen heißen Eisenbahnbeamte, Postbeamte, übrige Reichsbeamte, Landesbeamte, Lehrer, Gemeindebeamte.

Unbehaglich ist die Annahme jenes von radikaler Seite gestellten Antrages auf Bildung eines durch eine Umlage zu schaffenden Fonds zu besonderer Verwendung. Aber gerade auch in dieser hitzligen Frage zeigte sich die Kraft der Mehrheit von neuem. Gedacht als ein Fonds zur Unterstützung der gemäßregelten Eisenbahner, ist er durch den Willen der Mehrheit diesen und ähnlichen Aufgaben weit mehr entzogen als den Antragstellern vorgeschwebt haben mochte. Daß im übrigen die Beamenschaft in den aus Anlaß des Eisenbahnstreiks Gemäßigten Männer sieht, die in gutem Glauben und zwar, wie oben dargelegt, nicht ohne Schuld der Regierung, gehandelt haben, wird auch bei grundsätzlichen Streikgegnern volles Verständnis finden. Daß man in Not geratene Familien dieser Opfer des Streiks unterstützen verpflichtet sei, war ein Gedanke, der zuerst von den weiblichen Vertretern auf dem Bundestage vertreten worden ist, und den man deshalb nicht von vornherein als politische Demonstration verdächtigen sollte.

Die Beamenschaft stand vor dem Scheidewege. Soll man an der Idee einer politisch-neutralen Beamtenorganisation festhalten oder sie zugunsten einer politischen Orientierung verlassen? Volle Klarheit hat darüber im Deutschen Beamtenbunde bisher nicht geherrscht; er wollte politische Neutralität wahren, aber manche seiner Führer durchkreuzten die besten Absichten der Gründer und des größten

Teiles der Mitglieder immer wieder von neuem. Noch einmal ist der Grundsatz parteipolitischer Neutralität gerettet worden. Man halte ihn in guter Hut! Die Deutsche Volkspartei ist nahezu die einzige Partei, die auf eine Angliederung politisch geisteter Beamtenorganisationen uneigennützig und im wohlverstandenen Interesse der Beamenschaft verzichtet und gerade deshalb viel Vertrauen unter den Beamten gefunden hat. Sie vertritt den Standpunkt, daß die eigentlichen Beamteninteressen am besten in neutralen Organisationen vertreten werden; sie kann aber ihr Vertrauen nur solchen Organisationen schenken, deren Neutralität nicht nur auf dem Papier steht. Ob man künftig dem Deutschen Beamtenbunde mehr als bisher Vertrauen schenken kann, bleibt abzuwarten. Vorurteilsfrei und mit guten Wünschen werden wir seiner neu eingeleiteten Entwicklung folgen.

Politik und Kultur.

Daß im Reichstag auch in der Stille nützliche Arbeit geleistet werden kann, zeigt die Annahme einer Entschliebung, durch die verlangt wird, in den Schulen die Zöglinge mit dem Inhalt des Friedensvertrages von Versailles bekannt zu machen. Natürlich ist diese Anregung bei der Linken auf starken Widerspruch gestoßen, glücklicherweise hatte jedoch die Mehrheit des Reichstages Verständnis dafür und ging darauf ein. Dieser wesentliche Fortschritt ist in erster Linie den Bemühungen der Vertreter der Deutschen Volkspartei im zuständigen Ausschuß zu verdanken, den Abgg. Frau Dr. Maß und Dr. Luther. Beide sprachen auch in der Vollziehung des Reichstages beim Haushalt des Reichsministeriums des Innern, dem ja eine Abteilung für Schulangelegenheiten angegliedert ist, zu der angeführten und zu anderen Kulturfragen, die einen starken politischen Einschlag besitzen.

Überhaupt lassen sich Kultur und Politik nicht von einander trennen. Politische Fragen haben vielfach eine ungeheure kulturelle Bedeutung und umgekehrt. Es sei nur daran erinnert, wie auch Frau Dr. Maß wirkungsvoll hervorhob, wie bedauerlich es ist, daß die Regierung in ihrer schwächlichen Haltung französischem Druck nachgab und der Film „Die schwarze Schmach“ durch die Zensurprüfungsstelle verboten ließ. Gerade dieser Film erregte bei den Franzosen deshalb großes Argernis, weil er geeignet war, in der ganzen zivilisierten Welt, dann aber auch im deutschen Publikum selbst Aufklärung zu verschaffen über die Verführung, die das angeblich so hochstehende Frankreich am deutschen Volk täglich und stündlich im besetzten Gebiet begeht. Daß sich die Franzosen dagegen wehrten, kann man verstehen, denn Unangenehmes sucht man von sich fernzuhalten. Aus diesem gleichen Grunde aber sind wir berechtigt, solche Zustände, die nicht nur unangenehm, sondern nichtswürdig, niederträchtig und entsetzlich sind, von uns fernzuhalten. Das beste Mittel ist die Verbreitung der Kenntnis wirklicher Zustände bei allen Völkern der Erde, um so den Franzosen selbst die Infamie vor Augen zu führen, der sie sich schuldig machen. Um so unverständlicher war und ist es, daß die Reichsregierung aus Angst vor französischem Druck sich einschüchtern ließ, ein Schritt, durch den sie sich der besten Waffe beraubte — ganz abgesehen davon, daß gerade in dieser Hinsicht Nachgiebigkeit den französischen Forderungen gegenüber das Eingeständnis einer moralischen Schwäche war, die nur zu weiteren Zumutungen ähnlicher Art ermutigen kann. Ein festes entschiedenes Nein mit dem Hinweis darauf, daß die Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem besetzten Gebiet mit einem Schläge die Veranlassung für die Durchführung des Films beseitigen würde, hätte sicherlich mehr Eindringlichkeit gemacht.

Dasselbe gilt für die Unterweisung unserer Jugend über den Schandvertrag von Versailles. Vor wenigen Tagen ist in Berlin eine Ausstellung geschlossen worden, wo durch die verschiedensten Mittel des Anschauungsunterrichts Erwachsenen und Jugendlichen die tollsten Ungeheuerlichkeiten des Friedensvertrages von Versailles nahegebracht wurden. Auf jeden Besucher und namentlich auf die Jugend hat das dort Gebotene nachhaltigen Eindruck gemacht. Vorwärts und Blätter seiner Richtung wetteten in schärfster Tonart gegen eine solche „Erziehung zum Völkerverhaß“, auch mit niederträchtigen Verdächtigungen. Wir freuen uns daher um so mehr der Annahme jener Entschließung, die darauf abzielt, die heranwachsende Jugend von dem zu unterrichten, was dem deutschen Volk angeblich im Interesse der Zivilisation und der Menschlichkeit ausgiebigst wird. Auch das ist eine Kulturfrage von höchster politischer Bedeutung.

Der schlechte Geist von Lichterfelde.

Wir haben vor wenigen Tagen erst die Erklärung der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlicht, in der sie sich gegen die „vergiftende Kampfesweise“ eines Berliner Blattes in der Lichterfelder Angelegenheit wandte. Es fällt einem seiner Verantwortung bewußten Politiker nicht leicht, scharfe Worte des Tadel, wohl auch des Unmuts, gegen benachbarte und in den allgemeinen Zielen gütig verwandte Partei zu finden, mit der man oft und gern Schulter an Schulter gekämpft hat, zumal in einer Zeit, da man ganz besonders bestrebt sein sollte, Trennendes zu vergessen und Einigendes in den Vordergrund zu stellen. Aber wenn sich gegenteilige Auffassungen und entsprechende Kundgebungen auf der andern Seite häufen, darf man nicht achtlos daran vorübergehen.

Es ist lehrreich in deutschnationalen Kreisen nicht nur eine Art von Sport geworden, die Deutsche Volkspartei bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit anzugreifen, sondern es wird eine von der Parteileitung ausgegebene Parole befolgt. An die Parteileitung der deutschnationalen Volkspartei ist von der Hauptgeschäftsstelle die Anweisung ergangen, gegen die Deutsche Volkspartei Front zu machen. Man hofft, durch parteitaktische Ausschaltung der Lichterfelder Angelegenheit wie der Annahme des Marzischen Antrags im Reichstag zu den Erklärungen der Reichsregierung über die Reparationsnoten der Schrapartei einige Anhänger abjagen zu können. Daß dabei die Wahrheit zu kurz kommt, liegt nahe. Man geht hausieren mit der albernen Behauptung, die jungen Leute in Lichterfelde seien gemahregelt worden, weil sie „Deutschland über alles“ gesungen hätten — dafür gemahregelt von einem Mann, dessen schöne Rede über den Geist von Potsdam gerade dieser Tage in zweiter Auflage erschienen ist. Das sollte genügen, um die ganze Torheit und innere Unwahrscheinlichkeit dieser Begründung klarzulegen. Ähnlich liegt es mit der andern Frage. Wer heute noch behauptet, daß jener Antrag Marx ein Vertrauensvotum für die gesamte Politik des Wirthschen Kabinetts bedeutet, spricht bewußt die Unwahrheit. Daß die Politik der Deutschen Volkspartei die einzig richtige war, beweisen nicht nur die allerjüngsten Ereignisse, sondern z. B. die ruhigen Ausführungen des Grafen Westarp in der Kreuzzeitung, der verschiedentlich zugibt, die sachliche Mitarbeit an der Steuergesetzgebung habe für die bürgerlichen Parteien sehr gute Ergebnisse gezeitigt.

Um so häßlicher sticht es davon ab, wenn z. B. Herr von Gräfe in seinem Leitblatt, der Mecklenburger Warte, den Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, in einer Weise beschimpft, die vielleicht bei der Roten Fahne erklärlich wäre. Was sagen die maßgebenden Herren der Deutschnationalen dazu, daß Herr von Gräfe Dr. Stresemann vorwirft, ein Phrasen zu sein und Verrat an der nationalen Sache des deutschen Volkes begangen zu haben? Ein deutschnationales Blatt in Hessen gibt seine

Spalten dazu her, daß ein geistiger Wirtkopf und politischer Gernegroß, den die Deutsche Volkspartei längst abgeschüttelt hat, sich als unzufriedener Volksparteiler ausspielt und seinem Ärger gegen Dr. Stresemann etwa ebenso Luft macht wie Herr von Gräfe; die beiden sind sich übrigens in mehr als einer Hinsicht verwandt. In der „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“ bemüht sich der Reichstagsabgeordnete Dr. Regenborn, zwei Spalten lang etwas Unbeweisbares zu beweisen, nämlich, daß die Annahme des Antrages Marx eine Billigung der Wirthschen Gesamtpolitik war.

Angebliche Unstimmigkeiten in der Deutschen Volkspartei werden künstlich erzeugt, weil sie in Wahrheit nicht vorhanden sind, um den Anschein zu erwecken, als ob sie nun am Zerbrechen sei. Die Angelegenheit Quag, der bekanntlich aus Unkenntnis des Fraktionsbeschlusses allein gegen den Antrag Marx gestimmt hatte, ist erledigt. Nun wird damit haufiert, daß die Herren Stinnes und Dr. Böglers sich nicht an der Abstimmung beteiligt hätten. Die deutschnationalen Bienen, die daraus Honig zu saugen suchen, sollten sich einmal bei den beiden Herren selbst erkundigen, dann würden sie schnell andern Sinnes über deren Auffassung werden.

Mit Entstellungen, Verdrehungen und Beschimpfungen führt man keinen politischen Kampf. Es scheint aber, als ob der mit Recht scharf verurteilte Geist des Lichterfelde von heute — nicht der alte echte Geist von Lichterfelde — in gewissen deutschnationalen Kreisen Schule gemacht hat. Vielleicht ist es auch umgekehrt.

Emil Rirdorf.

Emil Rirdorf feierte dieser Tage seinen 75jährigen Geburtstag und den 50jährigen Gedenktage seines Eintritts in den Ruhrbergbau. Emil Rirdorf: das ist ein Mann und ein Programm! Ein Name, an den sich Arbeit, Kampf und Entwicklung anknüpft! Als einer der Großen unseres Wirtschaftslebens ist ihm Haß und Reid reichlich zuteil geworden. Ja, durch Jahre hindurch haben ihn Tag für Tag Wellen des Hasses umtost. Wenige wissen, daß er im Jahre 1905 den Plan erwog, auszuwandern. Die Seinen bestimmten ihn aber, davon abzusehen. Das waren die Tage, in denen Blätter, wie die „Deutsche Tageszeitung“ sich nicht gewirten anzudeuten, Rirdorf habe die Hüttenzechenfrage durch die Interessengemeinschaft mit Aachen-Rothe Erde und Schalle für sich selbst in recht befriedigender Weise gelöst.

Dem verbitterten Gemüt wieder Ruhe und Erholung zu geben, verlegte er damals seinen Wohnsitz in die Wälder Mülheim-Broichs, wo er sich ein Landhaus bauen ließ, dem er den Namen „Streithof“ gab in Erinnerung an die Zeit, die ihn zwang, als Streiter aufzutreten. Aber Ruhe fand er dort nicht. Er sah die Einkerkung von draußen kommen, während drinnen Parteihader das Volk auseinanderriß, und das schnell reich und ebenso schnell bequem gewordene Bürgertum sich ohne klare politische Ziele überall mit Scheintösungen begnügte. Der große Krieg, der dann kam, war für ihn die große Prüfung Deutschlands. Während der vier Kriegsjahre gehörte er zu den wenigen, die den furchtbaren Ernst dessen, was aus dem Spiele stand, jederzeit erkannten. „Wir sind auf dem Wege, die Mehrzahl des deutschen Volkes zu Narren werden zu sehen, die ihrerseits die wenigen einsichtsvollen Vaterlandsfreunde des Wahnsinns beschuldigen, damit ist der Verfall unseres Vaterlandes besiegelt.“ Diese böse Ahnung, der er 1916 Ausdruck gab, ist traurige Wirklichkeit geworden.

Die Tage des Zusammenbruchs waren für ihn die furchtlichsten seines Lebens. Die Forderungen des Sieges zerschlugen auch sein Werk. Luxemburg schloß sich an Belgien an. Die Woll-Emil-Hütte mit ihren reichen Erzfeldern ging verloren. Aachen-Rothe-Erde konnte allein nicht gehalten werden. Beide Werksgruppen gingen 1919 an ein französisch-belgisches-luxemburgisches Konsortium über. Der stolze Bau Gelsenkirchens wurde zur Ruine. Das Kohlen-

syndikat wurde in den revolutionären Strudel hineingerissen. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues wurde zur Kampfsparole. Der Glaube an eine Gesundung und einen Wiederaufbau des Reiches ging Rirdorf verloren. Aus dieser seelischen und physischen Erschöpfung half ihm dann die Persönlichkeit dessen empor, der sich in der nachrevolutionären Zeit am tatkräftigsten und erfolgreichsten für den Wiederaufbau eingesetzt hat: Hugo Stinnes. Er nahm einen Vorschlag von Stinnes an, Luxemburg und Gelsenkirchen in nähere Beziehung zueinander zu bringen.

Er schafft nun wieder und bildet mit Stinnes und Böglers die Seele der Rhein-Eise-Union. Dem Wiederaufbau der Wirtschaft und dem Vaterlande gehören von neuem die großen Kräfte dieses starken Mannes. Auf den Volk und Land nicht verzichten können, zumal nicht in dieser an Persönlichkeiten so armen Zeit. So grüßen wir auch in dem fünfundsiebzigjährigen den schaffenden Mann!

Im Auftrage des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaues hat Dr. Freundt im Verlag „Glückauf“ m. b. H., Essen, ein Lebensbild Emil Rirdorfs herausgegeben, das die wirtschaftliche, politische und menschliche Seite Emil Rirdorfs in treffender Weise würdigt. Es bringt das Bildnis Rirdorfs, radiert von Hermann Kätelhön. Eben. Den Bildschmuck zeichneten Fritz Jacobsen-Bremen und Fritz Schädert-Leipzig. Hergestellt wurde das Werk in der Graphischen Anstalt der Friedrich Krupp A.-G., Essen. So entstand eine Schrift, die ein Schmuß des deutschen Buchgewerbes und würdig des Mannes ist, dem sie dienen will. Sie schließt mit den Worten, die auch unsere Wünsche einschließen sollen:

„Und wünscht Dir damit, nicht als wir, unsern Freunden pflegen, eine frohliche sanfte Ruh, sondern große, ernstliche, tapfere und arbeitame Geschäfte, die in Du vielen Menschen zu Gut Dein folges heldisch Gemüt brauchen und üben mögest, dazu wöhl Dir Gott Glück, Heil und Wohlfahren verleihen!“ G. H. R.

Aus den Parlamenten.

Ländliches Siedlungswesen.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde von den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen ein Antrag eingebracht, die Frage des ländlichen Siedlungswesens vom Arbeitsministerium abzutrennen und dem Ernährungsministerium zu überweisen. Zur Begründung führten die Abgeordneten Thomsen (Deutschnational), Dr. Moldenhauer und Dr. Quag (Deutsche Volkspartei) insbesondere aus, daß das ländliche Siedlungswesen ein Teil des großen Programms zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sei und deshalb vom Reichsernährungsministerium bearbeitet werden müsse. Von der Sozialdemokratie wurde gegen diesen Antrag der lebhafteste Widerspruch erhoben. Er wurde schließlich gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt, ebenso ein Zentrumsantrag mit den Stimmen der gesamten Linken und der Demokraten, wonach die Reichsregierung in eine Erwägung darüber eintreten solle, ob die Frage des ländlichen Siedlungswesens nicht besser dem Reichsernährungsministerium zu überweisen sei.

*
Kulturpolitik. Bei den Beratungen des Haushalts des Innern beantragte Fr. Dr. Mah, bei den Ländern anzuregen, einer besonderen Berücksichtigung des Grenz- und Auslandsdeutschums im Schulunterricht näherzutreten. Sie forderte ferner die Einführung der Schüler in den Versailler Friedensvertrag; die Jugend habe ein Recht darauf, zu wissen, woran sie ist. Notwendig sei auch eine Ausbildung der Mädchen für die großen Aufgaben des Haushalts.

Reichsschulgesetz. Im 30. Reichstagsauschuss wurde beim § 1 des Reichsschulgesetzes mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei folgender Antrag angenommen: „Die Volksschulen sind entweder Gemeinschaftsschulen oder Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen. Den drei Schularten dieses Gesetzes ist gleichmäßig freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben.“ Es würde, wenn dieser Antrag auch im Plenum durchgeht, die Möglichkeit bestehen, den schweren Gefahren, die der religiösen Erziehung unserer Kinder droht, zu begegnen. Die Anträge der Unabhängigen, die Volksschulen als weltliche Schulen einzurichten, der Mehrheitssozialisten, die Volksschulen sollen Gemeinschaftsschulen sein (das wäre auch nur die verkappte weltliche Schule. Die Schriftleitung), wurden abgelehnt; ebenso ging es den Demokraten, die den neuen Begriff „allgemeine Volksschule“ einführen wollten, der sich inhaltlich wohl kaum von dem der Gemeinschaftsschule unterscheiden dürfte.

Rentnerfürsorge. In der Sitzung des Hauptausschusses beantragte der Abgeordnete Dr. Mosdenhauer (D. V. P.) die Erhöhung des zur Vinderung der Not der kleinen Kapitalrentner in den Etat eingesetzten Betrages von 200 Millionen auf 500 Millionen. Wenn dann, wie beabsichtigt, Länder und Gemeinden den gleichen Betrag aufbringen, würde eine Gesamtsumme von 1½ Milliarden zur Verfügung stehen.

„Den Finger drauf.“

Wie wir „sparen“.

Das Arbeitsnachweiswesen soll einheitlich aufgefächert werden. Man kann zugeben: Das ist notwendig. Aber muß darum gleich ein Reichsamt mit einem Riesenapparat aufgezogen werden? Man hat vorweg mal einen großen Beamtenkreis geschaffen, den man mit mehr als

15 Millionen bezahlen muß. Und nun stellt man die Arbeit auf den Beamtenkörper ein, der doch einmal da ist — War's umgekehrt nicht richtiger? Und billiger?

Die Versorgungsgebühren infolge des Krieges sollen im laufenden Jahre 8 747 451 000 M. betragen. Die Verwaltungskosten belaufen sich auf 1 166 152 490 M. Also acht Milliarden Unterstützungen und eine Milliarde Verwaltungskosten! Billiger ist's heute anscheinend gar nicht mehr zu machen. Dafür warten dann die Versorgungsberechtigten um so länger auf die Rentenbescheide.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag jetzt die mehrfach verlangte Übersicht zugestellt, aus der hervorgeht, wie viele planmäßige Beamte, nicht beamtete Hilfskräfte und Arbeiter im Reichsdienst tätig sind. Daraus geht hervor, daß es sich insgesamt um 1 557 786 Personen handelt. Planmäßige Beamte sind davon 743 352, beamtete Hilfskräfte 124 481, nichtbeamtete Hilfskräfte und Arbeiter 689 953. Der Gesamtaufwand hierfür an Gehältern und Löhnen beträgt 44 Milliarden 377 Millionen Mark.

Stinnes! hu! hu!

Der „Wiederaufbau“ bringt in Nr. 10 folgendes: Ort: Eine Belegschaftsversammlung im Bezirk Gelsenkirchen. Radikale Reden von Unionisten usw. Einer schimpft auf Hugo Stinnes in allen Tonarten, dem er vorwirft, Schuld an allen Übeln in Europa und der Welt, sogar in Gelsenkirchen zu sein. Bedächtig erhebt sich ein alter Gewerkschaftler und, halb platt, halb hochdeutsch dröhnt es durch die Waschküche: „Rietz in den Jäsel (Esel) an. Weet hä denn nich,

dat büßen Stinnes: bi de letzte Tariffestigung gerade für us Berglü intrat und dörschte?“ — Bravo! erklang es aus 2060 rauhen Kehlen; unser Unionist hatte sich gedrückt.



Siegen-Süd.

Der rührige Bezirks-Verein Siegen Süd veranstaltet am Donnerstag, dem 4. Mai, abends 8½ Uhr im Langenbachschen Saale einen Vortragsabend, an dem der 1. Vorsitzende, Herr Klingenspor, einen Vortrag über „die Kriegsschuldfrage“ halten wird und im Anschluß daran Herr Geschäftsführer Nitsche in Lichtbildern zeigen wird, „was wir durch den Friedensvertrag verloren haben.“ Wir bitten die Mitglieder des Bezirks, wie auch die Mitglieder der anderen Bezirke sowie auch Freunde unserer Sache, mit ihren Angehörigen recht zahlreich zu erscheinen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 2 M. erhoben werden.

Weidenau.

Der nächste politische Abend findet Mittwoch, den 26. d. M., in Weidenau, Hotel Patt statt. Alle Freunde der Partei, die eine rege Aussprache lieben, werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Anfang 8½ Uhr, pünktlich.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitsche. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59

Eisenbahn-Baugeschäft

Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.

Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Eisen- u. Metallwerke
G. m. b. H.

Terndorf (Kr. Siegen)

Übernahme von Dreharbeiten

wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen Werkstoffen, auch im Lohn.

Anfertigung u. Bearbeitung von Maschinenteilen jeglicher Art.

Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

Justus Stahlschmiede & Co.

G. m. b. H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Lochanstalt.

Kesselschmiede Apparatebau

Blechscheisserei.

Ernst Giesler & Co. G. m. b. H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

Sämtl. Pelzwaren eigener Fabrikation

Hüte, Mützen, Schirme.

Ankauf aller Pelztiere.

Pelzhaus Becker

Siegen

Fernruf 890. — Marburger Str. 10/12.

Ludwig Pfaff

Herren-Maßgeschäft,

Kreuztal,

Kreis Siegen,

Bismarckstraße 42.

Lohnbeutel

Grösste Leistungsfähigkeit

Sowie sämtliche von Werken gebrauchte

Papierwaren

Papierw.-Fabrik

Wilh. Winckel, Berleburg.

Fenster-Roh-Draht-Spiegel-Zierglas, Flachglas jeder Art liefern

Glas

Denzer & Wurm G. m. b. H.

Fernruf Nr. 1433. Siegen i. W. Fernruf Nr. 1433.

Frau Hermann Siebertz
Ernsdorf - Kreuztal

Bismarckstraße 44.

Zigarren,

Zigaretten, Tabak, Pfeifen.

Parteibüro der D. V. P.

Brüderweg 1.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.

Geschmiedetes la. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.



Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen

Rechenmaschinen

Vervielfältiger

und deren Zubehör.

Jacob Sarx Inh.: **Karl Sarx**

Fernruf 561. Siegen :: Löhrtor ::

Chemische Reinigungsanstalt und Färberei.

Wäscherei „auf Neu“

für Gardinen, Waschkleider und Waschblusen

Weidenau.

Heinrich Braas

Bauteknisches Büro

Sandstraße 1 :: Ruf 804.

Paul Fruby

Spezialhaus für feinen Damenputz

Wilhelmstraße.

Johann Reinhard

Manufaktur- u. Modewaren

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion

Spezialität: Herrenartikel

Wilhelmstr. :: Ruf 38

Karl Busch

Buchhandlung u. Buchbinderei

gegr. 1897

Siegstr. 25 :: Ruf 2022.

Otto Moritz

Uhren, Gold- und Silberwaren.

Beste in Massivsilber und versilbert.
Wristwrist und Pianos.

Weidenau, Wilhelmstraße. — Ruf 956.
Siegen, Kölner Straße. — Ruf 531.

Löwen-Drogerie

Fritz Müller

Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.

Photo-Artikel. — Öffentliche Dunkelkammer.

Untere Friedrichstraße. :: Ruf 891

August Braun

Büromöbelfabrik

Untere Friedrichstraße. — Fernruf 638.

Karl Burgmann

: Schulwaren und Maßarbeit :

Siegstraße 7.

NOH & BUCH

NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/STEG

KESSEL-, BRÜCKEN-, SCHIFF-, VERSEIL-, GITTER-, BLECH-, NIETEN U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

Nordstern-

Versicherungs- und Aktiengesellschaften

Berlin-Schöneberg

empfehlen sich für

Lebens-,

Unfall-,

Gastpflicht-,

Transport- und Reisegepäck.

Versicherungen.

Generalvertreter

Heinrich Aufschbach

Untere Friedrichstr. 31.

— Ruf 518. —

Schleifenbaum & Steinmetz

Maschinenfabrik.

Spezialität:

Schoren, Pressen, Dampfhammer

Austraße, Ruf 1479.

Albert Grimm

Uhren u. Goldwaren, Optik.

Eigene Reparaturwerkstätte

Wilhelmstraße.

Paul Haubrich

Inhaber der Niederlassung von Tengelmanns
Kaffeegehalt

Wilhelmstraße. — Ruf 406.

Karl Helmes

Kaffee-Spezialgeschäft

Konfitüren, Schokoladen, Tee, Kakao, Keks.
Große Auswahl in Bonbons, Desserts und Marzipan.
Weine, Spirituosen und Liköre.

Wilhelmstraße :: Ruf 1279.

HOTEL PATT

(Haltestelle der Strassenbahn)

Erstes u. ältestes Haus am Platze

Gute und billige Verpflegung.

Wilhelm Schweisfurth

Säte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche,
Schlipse, Hosenträger.

Wilhelmstraße, Ruf 778

(Haltestelle Hotel Patt.)

Josef Thelen

Spezialhaus für Innendekoration,

Lederwaren und Reiseartikel

Wilhelmstraße (Haltestelle Post),
Ruf 1180.

Hermann Treude

Getreide-, Mehl- u. Futtermittel-Großhandlung

Geisweid i. W.

Büro u. Lager Weidenau, Untere Friedrichstr. 64
Ruf 1407.